

Platz abbeck

Nr. 3, 2. Juni 2023

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Köln

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,

Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de

www.linksfraktion-koeln.de

Mieter unverschuldet in Not!

Die Mieter eines Hauses in Köln-Mülheim erhielten neulich Post, die droht, ihr bisheriges Leben zu zerstören. Die Stadt teilte ihnen mit, dass ihre Wohnungen keine Genehmigungen haben, und sie deshalb ausziehen müssen. Und das, obwohl sie – teilweise seit dreizehn Jahren – gültige Mietverträge besitzen! Der Vermieter hatte die Menschen in ein ehemaliges Hotel einziehen lassen. Aber er hatte keine Genehmigung dafür beantragt, die gewerbliche Nutzung des Hauses in eine Wohnnutzung umzuändern.

Weil viele von den Mieterinnen und Mietern alt sind oder eine Behinderung haben, werden sie keine bezahlbare Wohnung in Mülheim finden. Andererseits können die Mieter*innen auch nicht einfach in dem Haus geduldet werden, weil der ehemalige und auch der jetzige Vermieter keine Baugenehmigung bezüglich der Wohnraumnutzung beantragt hatten.

Um eine Zwangsräumung zu verhindern ist nun die Oberbürgermeisterin gefragt, die als oberste Beamtin der Verwaltung ihren Einfluss geltend machen sollte. Das Ziel muss sein, dass die Mieterinnen und Mieter ihre Wohnungen nicht verlassen müssen.

Dazu hatte DIE LINKE eine Resolution in die StadtAG Behindertenpolitik eingebracht. Am 9. Mai verabschiedeten die Vertreter*innen der Behindertenselbstorganisationen dazu einen einstimmigen Beschluss.

Darin bittet die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik die Oberbürgermeisterin Reker den größtmöglichen Einfluss auf den Vermieter des Hauses in der Wall-

Cannabislegalisierung löst Probleme statt weitere zu schaffen

Für den Spätsommer ist ein Gesetzentwurf zur Cannabislegalisierung angekündigt. In einer ersten Stufe soll es Erwachsenen erlaubt sein, in Cannabisclubs Cannabis zum Eigengebrauch anzubauen. In einer zweiten Stufe soll die Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene in lizenzierten Geschäften und Apotheken erlaubt sein. Diese zweite Stufe soll zunächst als Modellversuch in einigen Städten und Regionen starten.

Nachdem viele Fraktionen im Rat ihre Sympathie für einen Modellversuch in Köln bekundet hatten, ergriff DIE LINKE die Initiative und schmiedete eine Allianz für einen Ratsbe-

schluss dazu. Fast alle Fraktionen und Einzelmandatsträger im Rat stellten sich hinter diese Initiative. Der Antrag wird neben der LINKEN von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, volt, Die FRAKTION, KLIMA FREUNDEN und GUT getragen. Lediglich die CDU und die AfD gingen nicht mit auf den Antrag und stimmten dagegen. Pikant ist, dass die CDU noch 2018 im Gesundheitsausschuss mitbeantragte, dass Köln sich für einen Modellversuch bewerben soll, sobald sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geändert haben.

Der Antrag möchte, dass die Stadtverwaltung alle Vorkehrungen



Vom 23. bis 25. Mai tagte die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln. DIE LINKE war mit über 40 Delegierten und Gästen auf der Konferenz vertreten, darunter zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Es gab einen regen bundesweiten Austausch auch auf einem Parteienabend der LINKEN, auf dem sich auch der Bundesgeschäftsführer Tobias Bank für die Kommunalpolitik stark machte. Die Kölner LINKE war gut vertreten.



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de



→ straÙe auszu-
üben. Alle recht-
lichen Mittel sol-
len geprüft wer-
den, damit die
Mieterinnen und
Mieter in ihren
Wohnungen blei-
ben können.

Wenn der
Vermieter die
notwendige Bau-
genehmigung
und weitere
Maßnahmen
nicht beantragt
und durchführt,
soll geprüft werden, welche Sankti-
onsmöglichkeiten bestehen. Bis die-
ser Prüfprozess abgeschlossen ist,
sollen die Mieterinnen und Mieter
geduldet werden.

Ein ähnlicher Beschluss wurde
danach von der LINKEN in der Be-
zirksvertretung Mülheim initiiert.
Auch dieser wurde einstimmig ange-
nommen.

Die Mieterinnen und Mieter
wussten nicht, dass ihre Wohnungen
nicht genehmigt sind. Es wäre eine
unerträgliche Härte für sie, wenn sie

für das Fehlverhal-
ten ihres Vermieters
mit dem Verlust ih-
rer Lebensumge-
bung bezahlen
müssten. Deswe-
gen ist es wün-
schenswert, dass
die Oberbürger-
meisterin hier ein-
greift.

Dirk Kluwig, Beate
Hane-Knoll

Die Zwickmühle der Verwaltung

Wenn die Verwaltung Wohnen in einem Haus geneh-
migt, das nicht den Brandschutzvorschriften ent-
spricht, macht sie sich strafbar. Nicht auszudenken,
wenn dann tatsächlich ein Brand ausbricht und Men-
schen zu Schaden kommen oder sogar sterben.

Idealerweise müsste der Vermieter dazu gezwun-
gen werden, den Brandschutz auf eigene Kosten
herzustellen. Deswegen sollen jetzt auf Antrag der
LINKEN noch einmal alle rechtlichen Mittel inklusive
Sanktionsdrohungen gegen den Vermieter geprüft
werden.

Michael Weisenstein

→ trifft, um sich zu bewerben.
So soll grob geplant und
mit betroffenen Akteuren
gesprachen werden. Wenn
das Gesetz verabschiedet
und die Bedingungen für
eine Bewerbung klar sind,
soll die Stadt schon in den
Startlöchern für eine Be-
werbung stehen. Gleichzei-
tig sollen Maßnahmen zum
Jugendschutz und zur Prä-
vention erarbeitet werden.

Drogen gibt es in jeder
Gesellschaft. Der verant-
wortungsvolle Umgang da-
mit muss gelernt werden. Das kann
viel besser gelingen, wenn Cannabis
in geprüfter Qualität in staatlich
überwachten Geschäften verkauft
wird anstatt wie jetzt auf dem
Schwarzmarkt.

In den letzten 30 Jahren hat die
Kölnener Stadtverwaltung eine aktive
und aufsuchende Drogenpolitik be-
trieben. Mit diesem Antrag wollen wir
an diesen Kurs anknüpfen und ihn
weitertreiben!

Die Legalisierung ist überfällig.



Schließlich ist mit Alkohol die nach
Meinung vieler Experten weitaus ge-
fährlichere Droge schon mit 16 Jah-
ren überall zu bekommen. Wir müs-
sen wegkommen von einem Kurs
der Repression, hin zu einem lega-
len und kontrollierten Verkauf von
Cannabis. Das trocknet auch den
Dealersumpf aus.

Die alte Cannabispolitik hat Ju-
gendliche nicht wirksam geschützt,
Erwachsene drangsaliert und die
Polizei mit Bagatelldelikten überlas-

tet. 4,5 Mio. Cannabiskon-
sumenten werden in
Deutschland kriminalisiert.
Die Polizei hat wichtigere
Aufgaben als Konsumenten
und Kleindealer zu verfol-
gen. Mit solchen Verfahren
werden junge Erwachsene
in kriminelle Karrieren ge-
schubst anstatt sie davor zu
bewahren. Polizei und Ge-
richte können sich besser
um die Wirtschaftskriminali-
tät in diesem Land küm-
mern. Das vorhandenen
Geld wollen wir lieber in Prä-

vention und Jugendschutz investie-
ren anstatt erwachsenen Kiffern das
Leben schwer zu machen.

Wir sind sehr froh, dass der An-
trag so eine breite Mehrheit gefun-
den hat. Dadurch hat Köln eine gute
Chance tatsächlich eine Modellkom-
mune zu werden. Bei diesem sensi-
blen Thema muss man parteiüber-
greifend wirken. Jetzt haben wir die
Chance, es in Zukunft besser zu ma-
chen.

Uschi Röhrig, Jörg Detjen

Aus den Ausschüssen

Integrationsrat

Köln unterstützt Erdbebenopfer in der Türkei + Syrien

Die Lage in den Erdbebengebieten in Syrien und der Türkei ist weiterhin katastrophal. Egal, mit wem man spricht, der oder die Verwandtschaft in der Türkei hat: Jede*r kennt jemanden, der oder die direkt vom

sorgt sind - unterstützen kann. Außerdem soll eine Gemeinde unterstützt werden, quasi parallel zur neu geschlossenen Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Dnipro.

Beide Anträge bekamen im Rat eine deutliche Mehrheit. Lediglich die AfD stimmte dagegen.

Sarah Niknamtavin



Eingestürztes Haus in Diyarbakir.

Quelle: Gemeinfrei via Wikimedia (public domain, VOA TÜRKİYE)

Erdbeben betroffen ist.

Es ist ein Armutszeugnis, dass Deutschland die Einreise von Erdbebenopfern ohne Visa nicht erleichtert hat und nur wenige tausend Menschen ein Visum erhalten haben. Der Integrationsrat hat das schon im Februar deutlich kritisiert und einstimmig eine Visumserleichterung gefordert.

Die Hilfsbereitschaft der Kölner*innen ist sehr groß. Viele haben Geld gespendet und es haben beispielsweise zwei Kölner*innen beim Aufbau einer Kita in Hatay geholfen.

Allerdings gibt es Medienberichte, nach denen die türkische Regierung bewusst Gebiete nicht versorgt, die Erdogan politisch nicht gewogen sind. Das ist ein Skandal und muss deutlich verurteilt werden! Hilfsbereitschaft kann nicht von Glaubenszugehörigkeit oder Herkunft abhängen!

Zur Ratssitzung im Mai hat der Integrationsrat zwei Anträge eingebracht. Er möchte eine Koordinationsstelle für die Kölner Hilfen für die Erdbebenopfer. Mit ihr soll die Verwaltung auch prüfen, wie die Stadt Köln kurzfristig über humanitäre und Katastrophenhilfe Menschen in besonders betroffenen Gebieten - insb. solche Gebiete, die bisher unterver-

Soziales

Köln-Pass intensiv einsetzen

Bereits vor einem Jahr hat sich die Ratsfraktion dafür eingesetzt, dass der Köln-Pass unbürokratisch ausgestellt wird, z.B. beim Bescheid über das Bürgergeld mit versandt wird. Auf einmal interessierte sich auch die Koalition von Grünen, CDU und Volt für das Thema und meinte man könne das alles „automatisch“ mit verschicken und in anderen Städten sei das auch so.

Der Datenschutzbeauftragte machte deutlich, dass die Daten des JobCenter nicht einfach an die Sozialverwaltung der Stadt übertragen werden können. Es muss mindestens eine Zustimmung des Betroffenen erfolgen.

Bei der Diskussion darüber, was möglich ist und was nicht, wird immer deutlicher, dass der bürokratische Aufwand für die Betroffenen, aber auch für die Verwaltung immens ist. Bei dem jetzigen Verfahren muss der Betroffene alle Unterlagen, z. B. den Bescheid über das Bürgergeld mit dem Köln-Pass-Antrag einreichen. Die Verwaltung muss die Unterlagen prüfen, abheften etc.

Inzwischen gibt es eine intensive Diskussion darüber, wie das gesam-

te Verfahren datenschutzrechtlich korrekt und gleichzeitig entbürokratisiert werden kann. Wir werden weiter berichten. Jörg Detjen

Stadtentwicklung

LINKE setzt Akzente beim Hochhauskonzept

In Köln wird es ein neues Konzept zu Hochhäusern geben. Der Hochhausbau im linksrheinischen Bereich bis zum Militärring und rechtsrheinisch bis zum Grüngürtel soll geregelt werden. DIE LINKE sieht das kritisch. Hochhäuser verursachen oft mehr Schwierigkeiten als sie Probleme lösen.

In NRW ist es nicht möglich, Sozialwohnungen in Hochhäusern zu bauen. Aber gerade die fehlen. Die erforderlichen großen Abstände zum nächsten Gebäude machen das Hochhaus ineffektiv. Sechs- bis siebengeschossige Bebauung ist am besten geeignet, möglichst viele Wohnungen auf möglichst wenig Fläche unterzubringen.

Das Umfeld des Hochhauses ist auf Straßenniveau oft sehr unwirtschaftlich. Auch gute Architektur verhindert die negativen Auswirkungen des Hochhauses auf das Umfeld nicht. Denn die vermeintlich gute Architektur lässt sich in der Regel kaum von unten sehen. Das ist der Vogelperspektive vorbehalten.

Es gibt beim Hochhaus hohe Anforderungen an die Statik und den Brandschutz. Das bedeutet, es ist überproportional viel Beton und Stahl erforderlich. Somit ist die Klimabilanz schlecht. Nur selten gibt es Hochhäuser, die teilweise aus Holz gebaut sind.

Diesen Argumenten ist der Stadtentwicklungsausschuss teilweise gefolgt: In der linksrheinischen Innenstadt soll auch künftig nicht höher als 22,5 Meter gebaut werden. Soll ein Hochhaus außerhalb der linksrheinischen Innenstadt gebaut werden, welches 30 Prozent oder mehr über die Nachbarschaft hinausragt und max. 40 Meter hoch ist, müssen Kriterien erfüllt werden, die noch genauer zu definieren sind. Über 40 Meter müssen weitere Kriterien erfüllt werden, auch die Auswirkungen auf das gesamtstädtische Bild und die Bedürfnisse der Stadt müssen mit abgewogen werden.

Michael Weisenstein

Aus den Bezirken

Innenstadt

Milieuschutzsatzung Neustadt Süd-West

„Es hat negative städtebauliche Konsequenzen, wenn man eine Erhaltungssatzung nicht erlässt.“ Zu dieser deutlichen Einschätzung gelangte ein Gutachter auf einem Fachgespräch Ende April, in welchem es um die Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung in der Innenstadt ging. Leider beinhaltete das vorgelegte Gutachten eine andere Schlussfolgerung und empfahl der Stadt Köln, den Aufstellungsbeschluss für das Gebiet Neustadt Süd-West nicht zu fassen. Das ist wirklich nicht zu fassen, da die durchgeführte stadträumliche Untersuchung unmissverständlich konstatiert, dass es für Milieuschutz ungefähr zehn Jahre zu spät sei. Dazu muss man wissen, dass sich die Bürgergemeinschaft Rathenauplatz seit bald 20 Jahren für eine dringend notwendige Erhaltungssatzung einsetzt. Die Bezirksvertretung Innenstadt hat bereits 2018 und 2019 entsprechende Beschlüsse gefasst. Und der Beschluss des Rates, wonach „das Instrument Erhaltungssatzung vermehrt zu nutzen“ sei, ist mittlerweile auch schon bald zehn Jahre alt.

Obwohl der Gesetzgeber dazu keine klaren Vorgaben gemacht hat, hat es sich in der Praxis etabliert, dass mindestens drei Kriterien erfüllt sein müssen, um eine Satzung zu erlassen. Die nun diskutierte Studie räumt zweifelsfrei ein, dass in dem untersuchten Gebiet Aufwertungs- und Verdrängungspotentiale schlummern. Für einen konkreten Verdrängungsdruck allerdings konnten angeblich nicht ausreichend objektifizierbare und nachvollziehbare Fakten zusammengetragen werden. Dies wird von allen Fraktionen in der BV Innenstadt in Zweifel gezogen, die die angewandte Methodik kritisierten. So wurden die Haushaltsbefragungen pandemiebedingt nicht persönlich durchgeführt, rund 70 Prozent der ansässigen Haushalte konnten – oder wollten – keine Rückmeldung geben und auf eine mehrsprachige Befragung wurde komplett verzichtet. Selbst wenn die

Diagnostik noch einigermaßen schlüssig erscheint, schaut es im Bereich der Prognostik gänzlich anders aus. In zehn Jahren werden wir gefragt werden, warum wir so verrückt gewesen sind, im Jahre 2023 keinen Aufstellungsbeschluss gefasst zu haben!

Konsequent sei überdies eine Art Beweislastumkehr: Die Verwaltung müsste – dem Beschluss des Rates folgend – eigentlich stadtwerte sozialräumliche Untersuchungen vornehmen lassen und ihrerseits den Gremien Vorschläge machen, wo Handlungsbedarfe bestehen und zu schaffende Milieuschutzgebiete identifiziert werden können. Dafür fehlt natürlich Geld, Personal und der politische Wille des sogenannten Gestaltungsbündnisses. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass im Rahmen des vor zwei Jahren in Kraft getretenen Baulandmobilisierungsgesetzes, Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten wieder in die Lage versetzt werden (könnten), sogenannte Umwandlungsverbote von Miet- in Eigentumswohnungen zu erlassen. Dies könnte insbesondere in Milieuschutzgebieten zum Tragen kommen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte eine ähnliche Regelung im Jahr 2020 trotz erheblicher Kritik von Mieterverbänden oder dem Deutschen Städtetag auslaufen lassen. Aller möglichen negativen städtebaulichen Folgen zum Trotz.

Die BV Innenstadt hat einen Tag nach dem oben zusammengefassten Fachgespräch den einstimmigen Beschluss gefasst, dem Stadtentwicklungsausschuss zu empfehlen, dass die sozialräumliche Befragung wiederholt werden solle. Der Ausschuss wiederum hat am 4.5.2023 Beratungsbedarf angemeldet und die Vorlage zurück gestellt.

Michael Scheffer

Innenstadt

Schachtische eingeweiht

Stellvertretend für die BV Innenstadt haben Michael Scheffer und Bezirksbürgermeister Andreas Hupke fünf Schachtische im Inneren Grüngürtel eingeweiht. Finanziert durch bezirkliche Mittel konnte so recht kurzfristig



dem Wunsch einer engagierten Gruppe von Hobby- und Freizeit-Spieler*innen entsprochen werden, diese Lücke bei den innenstädtischen Sportanlagen zu schließen. Zur Eröffnung nahmen rund 25 Teilnehmende an einem ersten Turnier teil, das künftig regelmäßig ausgespielt werden soll. Es steht zu hoffen, dass das neue Areal respektvoll und pfleglich behandelt wird, Fehlernutzungen als Grillplatz oder Partyzone sind dabei natürlich nicht auszuschließen. Allerdings zeigen die benachbarten Sportanlagen, dass über konkrete Ansprache und soziale Kontrolle in der Regel ein gutes Auskommen möglich ist. Wir konnten zusagen, uns um eindeutige Beschilderung und einen zusätzliche Müllleimer zu kümmern.

Kleine Randnotiz: Mehrere Tennis- und Basketball-Spieler nutzten die Gelegenheit, sich bei uns dafür zu bedanken, dass wir vor eineinhalb Jahren die Grüngürtel-Bebauung durch den ominösen Sportartikel-Hersteller SNIPES verhindert haben (siehe Platzjabbeck Nr. 6/2021). Das ist ja auch mal schön.

Michael Scheffer

Kalk

Brache Heinrich-Bützler-Straße noch nicht gerettet

Die Bezirksvertretung Kalk hatte mit großer Mehrheit gegen CDU und AfD beschlossen, den Verkauf der Brache sofort zu stoppen; Lösungen zu finden, wie die Brache für die Erhöhung des Grünanteils in Kalk genutzt werden kann (wie zum Beispiel durch die Anlage einer hochwertigen Grünfläche); die notwendigen planerischen Änderungen vorzubereiten und eine neue Beschlussvorlage zu erstellen mit den neuen planerischen Festlegungen und den Ergebnissen der Prüfungen, die den Anteil an Grün- und Freiflächen im Stadtteil Kalk am stärksten steigern würden.

Diese Anregung vom 11. April schaffte es sogar auf die Tagesordnung des Liegenschaftsausschusses am 22. April (es muss nur was mit 11 zu tun haben in Köln) und wurde dort zurückgestellt.

Da der Rat der Stadt Köln auf seiner Sitzung am 16. Mai die Vorlage „Verkauf des Grundstücks Heinrich-Bützler-Straße / Kapellenstraße / Dillenburger Straße“ vor Eintritt in die Tagesordnung zur erneuten Beratung in den Liegenschaftsausschuss mit erneuter Wiedervorlage im Rat verwiesen hatte, stand diese im nicht öffentlichen Teil des Liegenschaftsausschusses auf der Tagesordnung. Und wurde ebenfalls zurückgestellt, weil jetzt wohl tatsächlich zunächst geprüft werden soll, ob der Stellplatznachweis nicht doch woanders erfolgen kann. Wenn das Ergebnis vorliegt, wird das Verfahren dann so oder so wieder aufgenommen.

HP Fischer

Kalk

Freie Fußwege für den Fußverkehr

Für die Sitzung der Bezirksvertretung am 11. Mai stellte die DIE LINKE einen Änderungsantrag und einen Antrag mit dem Thema „Legales Gehwegparken / Angeordnetes Gehwegparken“. Der Änderungsantrag stand schon am 9. März auf der Tagesordnung, wurde damals aber gemeinsam mit dem Ursprungsantrag der Grünen geschoben. Diesmal zogen die Grünen ihren Antrag für eine freiere Wiersbergstraße komplett zurück. Der eigenständige Antrag war dementsprechend folgerichtig.

Bei beiden geht es darum, Fußwege für Zufußgehende nicht legal mit Autos vollzustellen. Auch wenn es Zufußgehenden egal sein dürfte, warum ihnen ein Teil ihres Verkehrs –, Aufenthalts- und Schutzraums weggenommen wird, macht DIE LINKE hier zunächst einen Unterschied zwischen dem zulässigen bzw. angeordneten Parken auf einem Gehweg und dem illegalen Parken. Das ist im Rahmen des schrittweisen Vorgehens auch durchaus sinnvoll, denn die Stadt Köln kommt bei der Ahndung des illegalen Parkens bekannter Weise nicht hinterher bzw. lässt dieses sogar per Dienstankündigung durch den Verkehrsdienst tolerieren. So heißt es in dieser wörtlich:



Am 04. Mai demonstrierten rund 100 Mitglieder des über 100 Jahre alten Rasensportvereins 1920 e.V. (RSV-Rath/Heumar) lautstark mit Parolen, roten Karten, Sprechchören und Transparenten vor der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Dem RSV und benachbarten Tennisvereinen droht der Existenzverlust, da die Pachtverträge ihrer Sportplätze auslaufen und sowohl die Mehrheit der Kommunalpolitik als auch die Verwaltung eine Lösung auf einer anderen Fläche verweigern.

HP Fischer

„Nichtbehinderndes Gehwegparken ist dort nur zu ahnden, wenn besondere Umstände es gebieten. Diese besonderen Umstände sind im Katalog „Merktext“ des Erfassungsgerätes zu dokumentieren.“

Da bedarf es eines grundlegenden Umdenkens in Gesellschaft und Verwaltung. Da kommt der LINKEN der Zufall, das Schicksal oder ein Zeichen der Zeit zur Hilfe. An der Sitzung der BV Kalk nahm der Kölner Fußverkehrsbeauftragte Nico Rathmann teil. Er machte den Kalke- rinnen die freudige Mitteilung, dass die Stadt Köln vom Zukunftsnetz Mobilität NRW für die Förderung des Fußverkehrs-Check 2023 ausgewählt wurde, der im Stadtbezirk Kalk durchgeführt werden soll.

Was viele nicht wissen: Der Gesetzgeber räumt auch unter dem derzeitigen Bundesverkehrsminister dem Gehweg noch eine besondere Schutzfunktion ein. Nach der Straßenverkehrsordnung ist das Parken auf Gehwegen absolut und überall verboten, außer dort, wo es explizit erlaubt ist. Damit Parken auf einem Gehweg erlaubt ist, muss die Gehwegfläche von der Straßenverkehrsbehörde explizit zu diesem Zweck freigegeben werden. Wenn das Parken auf einem Gehweg erlaubt wird, darf in dem angegebenen Bereich des Gehwegs geparkt werden.

Aber nicht von jedem und nicht überall. Verkehrszeichen 315 oder eine einfache Parkflächenmarkierung sind nämlich keine generelle Parkerlaubnis, sondern sprechen

gleichzeitig zusätzliche Parkverbote aus! Eines dieser Verbote betrifft das Gewicht des parkenden Fahrzeugs. Das parkende Fahrzeug darf ein zulässiges Gesamtgewicht von 2,8 t nicht überschreiten. Der Trend zu immer größeren und immer schwereren Sport- und Geländewagen (SUV) sorgt dafür, dass auch heutzutage leider „normale“ PKW auf freigegebenen Gehwegen nicht mehr parken dürfen.

Kinder, Senioren und alle anderen Zufußgehenden sollen sich auf dem Gehweg bewegen können, ohne einer Gefährdung durch Fahrzeuge ausgesetzt zu sein. Mit der Anordnung legalen Gehwegparkens wird der Gehweg dieser Schutzfunktion beraubt.

Für Verkehrszeichen gibt es keinen Bestandsschutz. Ganz im Gegenteil: Straßenverkehrsbehörden sind verpflichtet, spätestens alle zwei Jahre eine umfassende Verkehrsschau vorzunehmen und dabei „die Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf des Verkehrs zu prüfen“. Also auch für einen reibungslosen Ablauf des Fußgängerverkehrs.

Wir müssen davon ausgehen, dass dies in Köln nicht erfolgt und verlangen deshalb sowohl die Protokolle der Verkehrsschauen als auch Einladungen für zukünftige. Ansonsten sehen wir keine gesetzliche Grundlage mehr für das angeordnete Gehwegparken.

HP Fischer

Verkehrswende? Geschlechtergerecht! –

Diskussionsveranstaltung im Bürgerzentrum Deutz

Gendergerechtigkeit in der Verkehrs- und Stadtplanung – geht das? Diese Frage wird sich in einigen europäischen Großstädten schon länger gestellt. Denn: Oft richten sich die Planungen - angefangen vom Straßen- und Wohnungsbau über die Parkgestaltung bis hin zu Straßennamen - nach den Bedürfnissen von Männern bzw. nach denen von Männern, die in Autos fahren.

Auch in Köln muss dieses Thema endlich auf die Agenda gesetzt werden. Wie können Kölner Veedel aussehen, die gesellschaftliche Vielfalt widerspiegeln, barrierefrei, inklusiv, gut erschlossen und vernetzt sind? Wie schafft man Chancengleichheit zwischen verschiedenen Geschlechtern, zwischen Jungen und Alten?

Grundsätzlich gilt: Stadt- und Verkehrsplanung sind nie geschlechtsneutral. Frauen und Männer legen in der Stadt unterschiedliche Wege zurück: Frauen sind meist zu Fuß, per Rad und mit Bus und Bahn unterwegs. Sie legen kleinteiligere Wege zurück, bringen die Kinder zur Kita, machen Besorgungen, versorgen Angehörige. Männer hin-

gegen fahren meist schnell mit dem Auto von A nach B. Für uns als LINKE gilt: Städte sollten für Menschen da sein, nicht für Autos. Unsere Fraktion hat daher zu der beschriebenen Thematik bereits eine Anfrage im Verkehrsausschuss gestellt.

Bei einer Diskussionsveranstaltung im Bürgerzentrum Deutz konnte das Thema noch weiter vertieft werden. Die Veranstaltung war insgesamt sehr gut besucht: Viele Interessierte aus der Stadtgesellschaft und der Kölner Politik sowie einzelne Personen aus der Kölner Verwaltung sind erschienen. Es ergaben sich angeregte Diskussionen mit hoher Publikumsbeteiligung.

Auf dem Podium zugegen waren Referent*innen aus dem universitä-

ren Bereich, aus der Verwaltung und aus der Stadtgesellschaft. Diskutiert wurde unter anderem, welche Unterschiede in der Verkehrsmittelnutzung sich bei Menschen verschiedenen Geschlechts beobachten lassen, welche Geschlechterstereotypen noch immer in den Köpfen der Menschen sind, und welche Angsträume es im öffentlichen Verkehr geben kann. Veranstaltet wurde die Podiumsdiskussion von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln, der Fraktion DIE FRAKTION, den KLIMA FREUNDEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW. Wir bedanken uns herzlich bei allen Interessierten, die erschienen sind!

Eva Haas



Mehr Frauen für die Kommunalpolitik gewinnen!

Bundesweit sind in Parlamenten Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Der Anstieg des Frauenanteils hat sich zudem innerhalb der letzten Jahre abgeschwächt. Auch in der Kommunalpolitik sind Gleichstellungsambitionen kein Selbstläufer. Das ist bedauerlich. Denn: Parlamente und Arbeitsgruppen, die hinsichtlich Alter und Geschlechtern durchmischt sind, arbeiten erwiesenermaßen besser und bilden die Interessen der Bevölkerung realistischer ab.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln hat sich daher sehr über die Einladung gefreut, Fraktionsvorsitzende Güldane Tokyürek für die Podiumsdiskussion „Quote war gestern – Parität jetzt!“ zu entsenden. Sie diskutierte dort unter anderem neben Prof. Rita Süßmuth und Josefine Paul, NRW-Landesministerin. Der einzige männliche Dis-

kussionsteilnehmer – Herbert Reul, NRW-Innenminister – entschied kurzfristig, der Veranstaltung fernzubleiben. Dies tat der Debatte allerdings keinen Abbruch.

Diskutiert wurde unter anderem über die Gründe für weibliche Unterrepräsentanz in der Kommunalpolitik sowie über Quoten und gesetzliche vorgeschriebene Parität. Besonders letztgenannte sorgte für Kontroverse, was maßgeblich auf die FDP-Vertreterin in der Runde rückzuführen war.

DIE LINKE arbeitet bereits seit geraumer Zeit mit quotierten Wahllisten. In der Kölner LINKEN wurde außerdem kürzlich ein Maßnahmenpapier verabschiedet, was darauf abzielt, die Kommunalpolitik und das politische Engagement für Frauen attraktiver zu machen. Viel zu tun bleibt allerdings weiterhin.

Eva Haas

Am 29. März hat es eine Diskussionsveranstaltung zur Vorstellung der ÖPNV-Roadmap-Plus des Bündnisses Verkehrswende gegeben.

Neben den Bündnisvertreter*innen Rolf Beierling-Hémonet, Barbara Kleine und Albert Meinhardt saß auf dem Podium die Fraktionsvorsitzende der LINKEN Güldane Tokyürek. Die Roadmap-Plus hat das Ziel, zu einer echten Verkehrswende für Köln beizutragen.

Ein kurzes Video zur Veranstaltung findet ihr auf youtube: https://www.youtube.com/watch?v=_2rrsUAio8M

Im nächsten Platzjabbeck werden wir ausführlich über die Roadmap-Plus berichten.

Ausbau der Ost-West-Achse: Tunnelplanung sollte endlich begraben werden!

Anfang Mai tagte das Beratungsgremium zum Ausbau der Ost-West-Achse zum vorerst letzten Mal. Nachdem die oberirdischen Ausbau-Varianten bereits letztes Jahr vorgestellt worden waren, wurden nun die verschiedenen Tunnel-Varianten präsentiert. Die Möglichkeiten des Ausbaus werden seit 2018 von der Stadt geprüft – mit der Vorstellung der Tunnel-Varianten geht es nun in die heiße Phase. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits frühzeitig moniert, dass all dies hinter verschlossenen Türen stattfindet: Denn das Gremium, welches letztendlich über die Zukunft des Ausbaus berät, ist der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

Bei einer Entscheidung, welche so massive Auswirkungen für Stadtbild, Verkehrslösungen und auch Klimaschutz haben wird, sind geheime Beratungen nicht hinnehmbar. Die Bürgerinnen und Bürger Kölns, und besonders die Anwohner*innen müssten konsequent in Entscheidungsprozesse eingebunden und umfassend informiert werden. Dies findet aktuell nicht statt.

DIE LINKE setzt sich entschieden gegen den Tunnelbau ein, aus diversen Gründen. Nicht nur ist er deutlich teurer als die oberirdische Lösung, auch werden auf lange Zeit Personal und finanzielle Ressourcen gebunden. Das Hauptargument der Stadtverwaltung – die Kapazitätserweiterung – ist dabei hinfällig: Eine oberirdische Variante könnte genauso viel zusätzliche Kapazität schaffen wie eine unterirdische Ertüchtigung. Gleichzeitig wäre erstgenannte deutlich barriereärmer. Für den Tunnel müsste bis zu vier Ebenen tief gebohrt werden: Besonders für mobilitätseingeschränkte Menschen würde das einen großen Nachteil darstellen. Die in Köln häufig vorkommenden defekten Rolltreppen und Fahrstühle würden es für sie unmöglich machen, die Bahn zu nutzen.

Der Tunnelbau würde ein Mammutprojekt bedeuten, bei dem ausnahmslos wichtige Knotenpunkte in Köln betroffen wären. Die Bauzeit würde mindestens 20 Jahre dauern, wobei der Zeitraum in der Realität



nicht abschätzbar wäre. Grundsätzlich wäre von einem längeren Zeitraum auszugehen, da mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit archäologische sowie Bomben-Funde zu einer weiteren Verlängerung führen würden. Es befände sich also über Jahrzehnte eine Mega-Baustelle im Zentrum Kölns, was den Verkehr deutlich chaotisieren würde. Über einen nicht abzuschätzenden Zeitraum wäre die Achse nur eingeschränkt nutzbar. Wichtig wäre es aber, die Leistungsfähigkeit ab sofort zu erhöhen.

Auch würden über den gesamten Zeitraum Fachpersonal und weitere Ressourcen gebunden werden. Wichtige andere Ausbauprojekte könnten dem zum Opfer fallen: So beispielsweise die Erweiterung des Schienennetzes in Neubrück, Widersdorf, Meschenich und Rondorf, Zündorf Süd und bezüglich der Linie 13. Dabei wäre es aktuell – vor dem Hintergrund von Klimaschutz-Bestrebungen – besonders wichtig, die Außenbezirke besser anzubinden. Ansonsten wird es für Pendler*innen unmöglich sein, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Nicht nur ohnehin fehlendes Fachpersonal wäre durch den Tunnelbau über Jahrzehnte blockiert, auch würde es an finanziellen Mitteln fehlen, welche den Bau der genannten Bahnverbindungen ermöglichen sollten.

Zentral ist außerdem der Aspekt des Klimaschutzes, welcher durch die Tunnelplanung buchstäblich untergraben wird. Die Stadt Köln hat es sich zum Ziel gesetzt in 2035 klimaneutral zu sein. Doch Tiefbau ist im-

mer ein Klimakiller: Es ist mit bis zu 100.000 Tonnen Treibhausgasemissionen pro einem Kilometer Tunnel zu rechnen. Wie die Stadt dies mit ihren erklärten Klimazielen vereinbaren will ist unklar. Auch würde der Ausbau für eine höhere Feinstaubbelastung sorgen, welche bereits jetzt für viele Menschen tödlich ist.

Notwendig ist eine echte Verkehrswende in Köln. Der ÖPNV im ganzen Stadtgebiet muss ausgebaut und eine schnell umsetzbare oberirdische Lösung angestrebt werden. Der Autoverkehr sowie Parkplätze müssen teils zurückgedrängt, der Rad- und Fußverkehr aufgewertet werden. Der geplante Tunnelbau würde stattdessen mehr Platz für den motorisierten Individualverkehr schaffen. Dabei ist besonders ein qualitativ guter ÖPNV das Rückgrat einer zukunftsweisenden und inklusiven Mobilität. Ein zugängliches und ausreichendes Mobilitätsangebot für alle Menschen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. In Köln erleben wir seit Jahrzehnten eine Stadtplanung, die das Auto in den Vordergrund stellt.

Wann die finale Entscheidung zur Ost-West-Achse gefällt wird: noch unklar. Auch ob tatsächlich noch in dieser Ratsperiode ein Beschluss erfolgen wird, steht in den Sternen – dies besonders vor dem Hintergrund der Konfliktlinien zwischen Grünen und CDU. Interessant wird sein, wie sich die SPD im Rat letztendlich positioniert. Die Fraktion DIE LINKE wird sich weiterhin entschieden gegen die Tunnelplanung einsetzen.

Güldane Tokyürek

Neue Intendanz für das Schauspiel Köln

Seit Dezember 2022 ist klar, dass Steffen Bachmann – seit 2013 Intendant des Schauspiels Köln – ans Wiener Burgtheater wechseln wird. Und das schon 2024, sodass die Intendanz ab der Spielzeit 2024/25 neu besetzt sein muss. Die Lösung ist vorerst, dass der schon am Haus tätige Regisseur Rafael Sanchez Interims-Intendant wird. Die Findungskommission begründet diesen Entschluss damit, dass ein nahtloser Übergang zu einer neuen Intendanz nicht in der knappen Zeit möglich sei und deswegen eine Interims-Intendanz hermüsse. In der Findungskommission sitzen Oberbürgermeisterin Henriette Reker mit dem Kulturdezernenten Stefan Charles, Karin Beier (Intendantin des Hamburger Schauspielhauses und Vorgängerin des amtierenden Intendanten Stefan Bachmann in Köln), Kathrin Mädler (Intendantin des Theaters Oberhausen und Vorsitzende der Intendant*innengruppe des Deutschen Bühnenvereins) und Ulrich Khuon, Intendant des Deutschen Theaters Berlin. Außerdem sitzt eine Personalvertretung des Schauspiels

Köln in der Kommission, die darüber hinaus von der Personalagentur IFP beraten wird.

Dieser von Reker und Charles initiierte Findungsprozess einer neuen Intendanz war sehr umstritten und wirft brennende Fragen auf. So wollte Charles zunächst nicht preisgeben, aus welchen Mitgliedern die Findungskommission besteht. Auf einer Podiumsdiskussion Mitte April, die vom Verein für darstellende Künste veranstaltet wurde, begründete er die Geheimhaltung der Mitglieder damit, dass sie aus Personenschutzgründen nicht genannt werden wollen. Mit transparentem und nachvollziehbarem Handeln hätte diese Findungskommission also zunächst nichts zu tun.

Dabei wäre ein transparenter und nachvollziehbarer Findungsprozess so wichtig. Intendanten sind schließlich Positionen an der Spitze eines Bühnenbetriebes, die gut besetzt werden müssen, weil viel an ihnen hängt. Dazu ist die Position des Intendanten prädestiniert für Machtmissbrauch und undemokratische Top-down-Entscheidungen. So et-

was sollte sich Köln nicht leisten. Während es genügend sinnvolle Kriterien für eine neue Leitung des Schauspiels gäbe, fordert Charles einen „glanzvollen Namen“, mit dem man am Offenbachplatz eröffnen wolle. Wir fordern keinen „glanzvollen Namen“ aus einer von Männern dominierten Intendanten-Welt, in der die Berieselung mit Glanz sehr ungerecht und diskriminierend vonstatten geht. Viel wünschenswerter wäre eine Intendanz für das Schauspiel Köln, die einen kreativen, fortschrittlichen und demokratischen Theaterbetrieb ermöglicht, in dem zum Beispiel Machtmissbrauch keinen Platz hat.

Anzuzweifeln ist auch, ob das Konzept einer einzelnen Person, die einen Bühnenbetrieb leitet, noch das richtige ist für ein modernes und demokratisches Theater. Wir als LINKE bringen die Idee einer kollektiven Intendanz ins Spiel, um einen Bühnenbetrieb zu ermöglichen, der Demokratie und Mitbestimmung zur Grundlage von guten Arbeitsbedingungen und feinstem Kulturgenuss hat.

Knut Lennart Scholz

Kein Instrumentalisieren des Gedenkens für Putin!

Am 8. Mai, dem Tag des Endes des 2. Weltkrieges, riefen russischstämmige Putin-Verehrer zusammen mit Neonazis um Markus Beisicht zu einer Propagandaaktion vor dem NS-Dok auf. Demokratische Kräfte stellten sich ihnen in den Weg und schützten das NS-Dok. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede, die Jörg Detjen dort gehalten hat.

Liebe antifaschistische Freundinnen und Freunde,

ich habe mich mit vielen von Euch in den letzten Jahren gegen extrem rechte Hetzveranstaltungen quer gestellt und protestiert. Veranstaltungen gegen pro Köln, die AfD oder die Corona-Leugner. Bei diesen Veranstaltungen wurden von den Nazis immer wieder Minderheiten mit rassistischen und antisemitischen Parolen angegriffen und gegen die Demokratie gehetzt.

Die Nazis haben bis heute nicht verstanden, wer sie da besiegt hat:

Es waren die Alliierten, ein Staaten-Bündnis von demokratischen Staaten und den Vielvölkerstaaten der Sowjetunion, inklusive der Ukraine. Sie haben uns die Demokratie gebracht, die wir heute gegen alle Angriffe verteidigen müssen.

Hier auf der linken Seite steht das Denkmal für Deserteure, für das ich mich im Kölner Stadtrat 2006 bis 2009 eingesetzt habe. Krieg und Demokratie harmonieren nicht. Und bis heute steht auch in Armeen von demokratischen Staaten die Desertion unter Strafe.

Wenn also die rechtsextremen Hetzer heute hier der russischen Soldaten gedenken, ist das geheuchelt und verlogen: Nicht nur russische Soldaten mussten sterben, sondern Soldaten des Vielvölkerstaates Sowjetunion inklusive der Ukraine.



Lasst uns gemeinsam diese Demokratie verteidigen! Ich sage extra diese Demokratie! Wir hatten noch keine Bessere, und trotzdem müssen wir sie ausbauen, stärken und wetterfest machen vor den Nazis, die sie unterwandern und zerstören wollen.

Macht mit, diese Gesellschaft demokratischer, sozialer und ökologischer zu machen! Gemeinsam schaffen wir das!

Zukunftskonzept Städtische Kliniken

Antworten auf offene Fragen überzeugen nicht

Die Städt. Kliniken haben im Gesundheitsausschuss und im Aufsichtsrat Anfragen der LINKEN zum Zukunftskonzept der Kliniken beantwortet. Viele der Antworten halten bei näherer Betrachtung den Argumenten für Standortschließungen nicht stand.

Eines der Hauptargumente der Klinikleitung für die Zusammenlegung der Standorte ist der drohende Verlust des Status als Krankenhaus der Maximalversorgung. Bisher erfüllt der Standort Merheim diese Voraussetzungen. Das heißt, bestimmte Leistungen dürften dann am Standort Merheim (und an den beiden anderen auch) gar nicht erbracht werden.

Nach den Plänen des Bundesgesundheitsministeriums müssen für ein solches Level III-Krankenhaus der Maximalversorgung mindestens acht aus zwölf Leistungsbereichen, z.B. Neurologie oder Palliativmedizin vorhanden sein. In Merheim sind es le-

diglich fünf. Doch in den Plänen der Lauterbach-Kommission zählen auch 5 km entfernte Gebäude als ein Standort. Das trifft auf Merheim und Holweide zu. Zusammen könnten diese auch zukünftig als ein Standort gelten und zusammen ein Level III-Maximalversorger-Krankenhaus bilden.

Auch die angenommenen Synergieeffekte durch Personaleinsparungen überzeugen nicht. Die Kliniken sollen zukünftig weniger Personal z. B. durch die Reduzierung auf ein Labor, eine Radiologie und einen Schreibdienst benötigen. Doch der Personaleinsatz bemisst sich nicht an der Zahl der Standorte, sondern an den behandelten Patienten.

Wenn 1000 Proben analysiert werden müssen, ändert die Tatsache, ob sie in einem oder zwei getrennten Laboren analysiert werden, wenig daran, wie viele medizinisch-technische Assistent*innen man dafür braucht. Wenn hundert Patienten geröntgt werden müssen, braucht

man eine bestimmte Anzahl von Fachkräften, unabhängig, ob das Röntgen in ein oder zwei Zimmern stattfindet. Im Gegenteil: Wenn zwei Röntgengeräte im Spiel sind (wie bei zwei Standorten nötig), wird das Fachpersonal die hundert Patienten wahrscheinlich schneller durchschleusen können.

Dasselbe gilt für die Zusammenlegung der Ambulanzen, die zusammen rund 160.000 Fälle pro Jahr behandeln. Auch hier ist die Anzahl der Fälle maßgeblich.

Auch weitere angekündigte Maßnahmen hält DIE LINKE für nicht stichhaltig oder lehnt sie ab. So ist ein „konsequenter Fremdbezug Reinigung“ mit der LINKEN nicht zu machen. Die Fraktion wird die Pläne der Klinikleitung in der kommenden Ratssitzung ablehnen. Das hat die Kreismitgliederversammlung der Kölner LINKEN am 25. April 2023 einstimmig bestätigt.

Uschi Röhrig

Unsere Zeit – unser Leben

„Rise up“: Motivierender Filmabend in der Reihe Linkes Kino

In „Rise Up – einem Film von Marco Heinig, Steffen Maurer, Luise Burchard und Luca Vogel aus dem Jahr 2022 - werden fünf Menschen porträtiert, die an überwältigenden gesellschaftlichen Umbrüchen beteiligt waren. Der Zeitrahmen reicht von der friedlichen Revolution 1988/89 in der DDR über die Abschaffung der Apartheid in Südafrika bis hin zu den feministisch geprägten Umbrüchen in Chile und dem Kampf gegen die Terrormiliz IS im Frauendorf Jinwarin in der Region Rojava, Syrien.

In Interviews – untermalt mit Originalaufnahmen und ergänzt durch ein erzählerisches Voiceover – können die fünf Aktivist*innen von ihrem Einsatz für gesellschaftlichen Fortschritt erzählen und dabei uns Zuschauer*innen mitnehmen zu dem Punkt, wann sich jemand entscheidet, den Kampf aufzunehmen und Normalität und Sicherheit aufzugeben für ein größeres Ziel.



Zu Gast für die anschließende Diskussion mit dem zahlreich erschienenen Publikum war diesmal in unserer Filmreihe Steffen Maurer, Kameramann und Teil des Regieteams. Nach einigen Sachfragen –

Zeitraumen: das Regieteam hat drei Jahre quasi Vollzeit für Recherche, Aufnahmen, Schnitt und Endgestaltung gearbeitet; Finanzierung: möglich durch Anschlussförderung für das Filmkollektiv nach dem erfolgreichen Dokufilm „Hamburg Gitter“ über den G20-Gipfel 2017; Gestaltung: keine klassische Doku, überlappende Schnitttechnik, Musik von klassisch bis Rap, verzahntes Setting – ging es im angeregten Austausch zwischen Regisseur und Publikum schnell auch um inhaltliche und politische Fragestellungen.

So ging der Ausformulierung des Erzählertextes monatelange Diskussionen voraus. Was kommt rein, wieviel Theorie, wieviel Emotionen

braucht der Film, damit sich im besten Fall die Zuschauer*innen als Teil des Films fühlen können. Dass dies aus ihrer Sicht sehr gelungen ist, daran ließen die Diskutierenden keinen Zweifel.

Auf die Frage, warum keine Aktivist*in aus der Klimabewegung zu den Porträtierten gehört, lautete die Antwort, dass das Klima als Blaupause für alle anderen Kämpfe zu sehen ist und durch den Erzähltext bei allem mitschwingt.

Der Film will sich als radikale Kritik an unserem gesellschaftlichen System verstehen und richtet sich in erster Linie gegen Kapitalismus und Rassismus. Aus Sicht auch des Publikums der linken Kino-Reihe ist dieser Film ein Mittel, nötige gesellschaftliche Transformation und Veränderungen voranzubringen. Er ist aber auch ein sehr gut recherchierter und gemachter Film, der im Zusammenspiel aus Text, Personen, Musik und Machart, Motivation vermittelt.

Renate Alves

linkes
KINO KÖLN

Linda Rennings wird mit ihrem Hund Clayd Alternative Ehrenbürgerin der Stadt Köln



Linda Melissa Rennings, besser bekannt unter dem Namen „Kölsche Linda“, bekommt am 4. Juni zusammen mit dem ehemaligen Innenminister Gerhard Baum die Alternative Ehrenbürgerschaft verliehen. Sie wird geehrt für ihr Engagement für Obdachlose, insbesondere wohnungslose Frauen.

Engagement für Obdachlose gibt es viel in der Kölner Zivilgesellschaft. Aber Lindas Engagement sticht heraus: Ist sie doch selbst eine Expertin aus Erfahrung. Nach einer Lebenskrise lebte sie über ein Jahr auf einem Friedhof, wo das Grab ihrer geliebten Oma lag. Insgesamt fünf Jahre war Linda wohnungslos. Seit 2011 lebt sie wieder in einer eigenen.

Nachdem sie sich stabilisiert hatte, machte sie eine Ausbildung zur Genesungsbegleiterin und gründete

danach den Verein „Heimatlos in Köln“. Der berät und versorgt Obdachlose, vor allem in Köln-Mülheim rund um den Wiener Platz. Linda und ihre Mitstreiter*innen teilen Essen, Hygieneartikel und Kleidung aus. Sie unterstützen Obdachlose mit Rat und Tat bei ihrem Überlebenskampf auf der Straße und zeigen ihnen den Weg zu Angeboten. Linda praktiziert aufsuchende Sozialarbeit, quasi Streetwork.

Doch nicht nur mit praktischer Arbeit kämpft Linda für ein besseres Leben für Obdachlose. Sie mischt sich ein, wann immer es um den richtigen Kurs in der Wohnungslosenspolitik der Stadt geht. Sie kennt die Schwächen des Systems aus eigener Anschauung und wird nicht müde, diese anzuprangern und Lösungen vorzuschlagen, die ihrer Meinung nach besser funktionieren würden. Das ist nicht immer bequem. Linda legt ihren Finger in Wunden und lässt sich nicht mit diplomatischen Floskeln abspesen. Sie vertritt DIE LINKE in der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenspolitik. Doch auch uns liest sie die Leviten, wenn wir ihrer Meinung

nach nicht die richtige Position vertreten. Das macht uns klar: Sie ist goldrichtig an dieser Stelle.

Ihre Alternative Ehrenbürgerschaft wirft ein Schlaglicht auf ein besonderes Problem von Obdachlosen: ihre Hunde sind oftmals nicht erwünscht. Linda trennt sich selten von ihrem Hund Clayd. Wenn dieser jetzt „alternativer Ehrenhund Kölns“ wird, schärft das hoffentlich das Bewusstsein dafür, dass wir diese Hunde nicht einfach aussperren können. Denn mit ihnen sperren wir auch ihre Besitzer*innen aus.

Gerade für obdachlose Frauen bedeutet ihr Hund oftmals den einzigen Schutz. Weil es kaum Notschlafstellen für Obdachlose mit Hund gibt, übernachten diese Frauen auf der Straße. Eine Trennung vom Hund, und sei es für eine Nacht, kommt nicht infrage. Auch öffentliche Gebäude müssen für Hunde von Obdachlosen offen sein. Assistenzhunde dürfen sie jetzt schon betreten.

Es gibt noch viel zu tun. Gut, dass Linda Rennings einen langen Atem hat. Die Alternative Ehrenbürgerschaft möge sie darin bestärken.

Andrea Kostolnik

Wohnungslosigkeit

Fallkonferenzen für Familien in Not

Der Fall der sechsköpfigen Familie W. die von Obdachlosigkeit betroffen waren, ging vor einigen Wochen durch die Medien. Der Stadtverwaltung gelang es nicht kurzfristig der Familien eine Wohnung anzubieten, die groß genug war und auch die bisherige Nutzung der schulischen Einrichtungen möglich machten. In einem Antrag für den Stadtrat forderte die SPD spezifische Fallkonferenzen für Familie in der Wohnungslosigkeit. Unser Hinweis, dass die bereits Thema bei der Erstellung des neuen Obdachlosenkonzepthes ist, hielt die SPD nicht davon ab, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Schade, bisher hatten LINKE und FDP sich mit der SPD über Anträge zur Obdachlosigkeit immer gut verständigen können, um auch entspre-

chenden Druck zu erzeugen. Die aktuelle Erstellung eines Konzeptes innerhalb der Verwaltung, ist ein Ergebnis des gemeinsamen Agierens von SPD, Linke und FDP als sie immer wieder die Forderung nach der Erstellung eines Gesamtkonzeptes gegen Obdachlosigkeit forderten.

Leider ist der SPD beim Abfassen des Ratsantrages, der nunmehr im Sozialausschuss diskutiert werden soll, ein schwerer Fehler unterlaufen. Die SPD differenziert nunmehr bei wohnungslosen Familien zwischen Familien die man „ein reguläres Mietverhältnis“ möglich machen soll und Familien „die aus einem Mietvertrag sich ergebenden Pflichten nicht einhalten können“. Damit verlässt die SPD den Grundsatz von Housing First, der jedem

Mensch das Recht zugesteht, eine normale Wohnung zu erhalten.

Da ist die Verwaltung mit ihren ersten Überlegungen weiter, wenn sie von „Rechtskreisübergreifenden Systemen“ spricht, die in ein Ander greifen sollen und keiner Personengruppen die „Wohnfähigkeit“ abspricht.

Ob die Wohnungsfrage mit dem Konzept gelöst wird, sieht die LINKE kritisch. Dafür gibt es keine Anhaltspunkte. Ob die mit dem Konzept notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden, bleibt auch abzuwarten.

Es müssen also zahlreiche Probleme gelöst werden. Die Ratsfraktion sieht den Berliner Masterplan gegen Obdachlosigkeit als Vorbild an.

Jörg Detjen

TERMINE

Sa., 3. Juni

Fair-Town und die SDG's (Nachhaltigkeitskriterien).

Ein Experten-Diskurs zum urbanen Nachhaltigkeitskonzept „FAIR TOWN“ im Kontext eines Metropolen-Dialogs zwischen Köln und Dakar, VA: jha2000.org u.a., Eintritt frei. 14 Uhr, Rautenstrauch-Joest-Museum. Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

The Future of Community Organising und Aktivismus.

Eine Podiumsdiskussion unter Schwarzen Aktivist*innen, Eintritt frei. 14 Uhr, Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29 – 33, 50667 Köln

So., 4. Juni

Alternative Ehrenbürger: Ehrung von Linda Rennings und Gerhart Baum,

12 Uhr, Gürzenich.



Klimafest des Allerwelthauses, ab 14 Uhr, Innenhof des Allerwelthaus Köln e.V., Geisselstraße 3-5, Programm Highlights:

- ▶ Siebdruck mit Klimamotiven
- ▶ Bands auf der Allerwelthofbühne z.B. @therealshellyquest

- ▶ Workshops und Mitmachangebote für Kinder
- ▶ Tombola
- ▶ Interkulturelle Initiativen präsentieren sich

Sa., 10. Juni

Nachhaltigkeit im Kapitalismus: Geht das?

mit Ulrike Herrmann und Sighard Neckel. 18:00 WDR Funkhaus Wallrafplatz, Wallrafplatz, 50667 Köln

So., 11. Juni

Das Erbe des Kolonialismus und der Sklaverei

interaktiver Workshop, VA u. Anm.: kitma.org, Eintritt frei, in der Theodor Wonja Michael Bibliothek. 11 Uhr, Sonnenblumen Community Development Group, Victoriastr. 6-8, 50688 Köln

Di., 13. Juni

Wieviel Gefängnis braucht das Land?

Dr. Thomas Galli im Gespräch mit Britta Rabe. Machen Gefängnisse die Menschen gefährlicher? Diese Meinung vertritt Thomas Galli. Der ehemalige JVA-Leiter bietet Alternativ-Vorschläge und möchte mit seinem Vortrag „Wieviel Gefängnis braucht das Land?“ einen Denkanstoß geben. Moderiert wird der Abend von Britta Rabe, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., 19.30 bis 21 Uhr, Karl-Rahner-Akademie, Jabachstr. 4-6, 50676 Köln.

Do., 15. Juni

Letzte **Stadtratssitzung** vor der Sommerpause. Ab 14 Uhr, Rathaus oder im Livestream.

Sa., 17. Juni

Tag der Begegnung. Inklusives Fest mit Michael Schulte, Bläck Fööss, Planschemalöör u.a., Bühnenprogramm und Mitmach-Ausstellung, VA: Landschaftsverband Rheinland (LVR), Eintritt frei, open air am Kennedy-

Ufer, Köln-Deutz, ab 11 Uhr LVR Landeshaus, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln

Sa., 17. Juni

#IchBinArmutsbetroffen, regelmäßige Kundgebung, VA: ichbinarmutsbetroffen.start.page, Treffpunkt: 14 Uhr, Kardinal-Höfner-Platz, Kreuzblume am Dom Kölner Dom, Domkloster 4, 50667 Köln

Di., 20. Juni

Stimmen afrikas stellt die Anthologie „Neue Töchter Afrikas“ mit Texten von 30 Schwarzen Schriftsteller*innen vor.

Gemeinsam mit einem Kuratorinnenteam Schwarzer Frauen aus NRW, bestehen aus Julienne De Muirier, donna Kukama, Emilene Wopana Mudimu und Glenda Obermüller hat Margaret Busby für Neue Töchter Afrikas eine erlesene Auswahl an Essays, Gedichten und Kurzprosa aus ihrem Band New Daughters of Africa getroffen. Orangerie-Theater Köln, 19.30 Uhr, Eintritt: Solipreis 12 € / 10 € / 8 € erm. zzgl. VVK-Gebühr



TERMINE DER FRAKTION

Mo, 5. Juni, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Mo, 5. Juni, 18.30 Uhr
AK Soziales und Integration

Di, 6. Juni, 18.00 Uhr
AK Frauen

Do, 15. Juni, 19.00 Uhr
AK AVR / Digitales

Di, 20. Juni, 18.30 Uhr
AK Kunst, Kultur und Medien

Mo, 3. Juli, 18.15 Uhr
AK Umwelt

Mo, 7. August, 19.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion

Mo, 10. August, 18.00 Uhr
AK Verkehr

Mo, 10. August, 20.00 Uhr
AK Wirtschaft, Arbeit, Finanzen und Regionales

Mo, 14. August, 18.30 Uhr
AK Soziales und Integration

Mi, 16. August, 16.45 Uhr
AK Umwelt

Do, 17. August, 19.00 Uhr
AK AVR / Digitales

Do, 17. August, 19.30 Uhr
AK Bildung und Jugend

Mo, 21. August, 18.00 Uhr
AK Kunst, Kultur und Medien

Mo, 21. August, 18.30 Uhr
AK Gesundheit und Inklusion - Ausschussvorbereitung

Do, 24. August, 18:00 Uhr
AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen

Mo, 28. August, 20:00 Uhr
Sport AK

Anmeldung unter:
dielinke@stadt-koeln.de

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Michael Weisenstein



Tag der Arbeit auf dem Heumarkt

Am 1. Mai war DIE LINKE wie jedes Jahr bei der traditionellen Maikundgebung des DGB auf dem Heumarkt vertreten.

Der Stand der LINKEN war gut besucht. Viele nahmen die Gelegenheit für ein Gespräch mit Mitstreiter*innen aus befreundeten Organisationen wahr.

Im Aufruf des DGB hieß es:

„Die steigenden Preise belasten die privaten Verbraucher*innen und viele Betriebe. Zugleich wachsen die Vermögen der Reichsten

ungebremst weiter. Einige Konzerne fahren überhöhte Gewinne ein. Sie müssen abgeschöpft und zur Gegenfinanzierung der Entlastungen genutzt werden. Superreiche müssen endlich mehr Steuern zahlen; Menschen mit hohem Vermögen müssen eine Abgabe erbringen für die historischen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Es darf nicht sein, dass die Hauptlasten der Krise den Beschäftigten aufgebürdet werden, während sich die Reichen aus der Verantwortung stehlen.“

